



Gemischte Gefühle für das neue Europa

Vor zehn Jahren trat Österreich der Europäischen Union bei. Eine politische Bilanz wurde in Innsbruck erarbeitet und liegt als Buch vor.

INNSBRUCK (TT). Von einer „durchwachsenen Bilanz“ spricht der Innsbrucker Historiker Michael Gehler. Er ist mit den Professoren-Kollegen Anton Peplinka (Innsbruck) und Günther Bischof (New Orleans) Herausgeber des deutsch-englischen Sammelbandes „Österreich in der Europäischen Union“ (Böhlau, 655 S., 69,- €). Der Band beruht auf einer internationalen Tagung an der Universität Innsbruck, gemeinsam mit jener von New Orleans.

Das Verdienst der Herausgeber liegt darin, auf mehreren Ebenen sowohl die Entwicklung der Europäischen Union als auch des Verhältnisses Österreichs zur EU zu bilanzieren.

So werden die Grundrechte abgehandelt, innenpolitische Perspektiven aufgezeigt,

die Sicherheitspolitik diskutiert und insbesondere das „Spannungsfeld“ zwischen kleinen und mittleren Mitgliedern einerseits und den Großen in der EU andererseits beleuchtet. Und nicht zuletzt behandelt Michael Gehler selbst die Zeit der so genannten Sanktionen der EU-Mitgliedsstaaten gegen Österreich als „kontraproduktive Intervention“.

Von der Gefahr, „in ein Europa ohne überzeugte Europäer zu schlittern“, schreibt der Journalist und bekennende Europäer Klaus Emmerich in seinem Buch „Europas letzte Chance“ (Molden, 216 S., 20,40 €).

Emmerichs Antwort auf diese Gefahr ist der Vorschlag, Europas Zukunft besser, überzeugender gedanklich zu konzipieren. Seine Vorschläge, wie die Europäische Union näher an die Bürger rücken könnte, sind einer Debatte wert. Er fordert mehr Offenheit, Kontrolle, gemeinsame Wahlen und eine verständlichere Sprache der Union.

notwendig, darzuweisen, dass die in diesem Lande seitlich Europa- n verschiedenen zur Innenpolitik n lässt.

erden dann oft in Entscheidungen gen, die man in ch lieber nicht iert – um später opulistisch darauf zu können. Die rage ist so ein wenn man an die el in Helsinki und agen denkt.

lezu symbolhaft ie Transitpolitik. ren wird die Be- ng mit Lösungen tiert, die letztlich kw-Zunahmen geben. Schuld daran chlich die böse EU, terreichs Politiker te nicht eingese- en, dass man mit nerpolitik in Brüs- weit kommt.

l.sprenger@tt.com